



Zur Armutsbekämpfung ungeeignet

Mindestlohn. Beflügelt durch den Regierungswechsel in Niedersachsen will SPD-Chef Sigmar Gabriel über den Bundesrat einen allgemeinverbindlichen Mindestlohn durchsetzen. Der wäre allerdings beschäftigungspolitisch riskant und zur Verringerung von Armutsrisiken ineffizient. 

Der Mindestlohn ist in Deutschland hoffähig geworden – inzwischen fordern ihn nicht mehr nur Gewerkschaften, SPD und „Die Linke“. Selbst CDU und CSU haben 2011 beschlossen, künftig für Branchen ohne allgemeingültigen Tarifvertrag eine Lohnuntergrenze einzuführen.

Auf den ersten Blick würden von einem generellen Mindestlohn viele Arbeitnehmer profitieren (Grafik Seite 2):

Bei den von Sozialdemokraten und DGB geforderten 8,50 Euro je Stunde hätten 19 Prozent der Beschäftigten mehr Geld in der Tasche. Ein

Mindestlohn von 7,50 Euro würde immerhin 14 Prozent begünstigen.

Bei den unter 25-Jährigen würde ein Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde sogar für fast jeden zweiten eine höhere Bezahlung bedeuten.

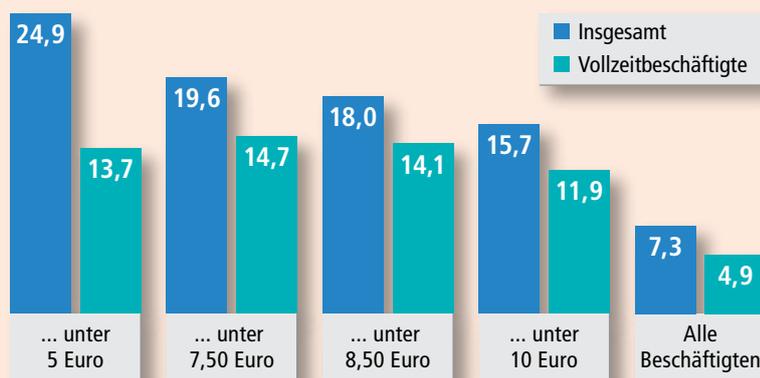
Ob jemand von einem staatlich verordneten Mindestlohn profitiert, hängt auch von der Branche ab. In der Industrie oder der Energiewirtschaft zum Beispiel würde sich der Mindestlohn nur auf relativ wenige Arbeitsplätze auswirken. Von den Mitarbeitern in der Gastronomie verdienen dagegen 60 Prozent weniger als 8,50 Euro. Das liegt vor allem daran, dass dort kleinere Betriebe dominieren – diese zahlen im Schnitt niedrigere Löhne als große Firmen.

Diese Fakten sagen allerdings wenig darüber aus, ob ein gesetzlicher Mindestlohn sinnvoll wäre. Genau das muss aber aus zwei Gründen bezweifelt werden:

1. Der geforderte Mindestlohnsatz ist zu hoch. Eine starre Lohnuntergrenze führt nur dann nicht zu größeren Jobverlusten, wenn sich die betroffenen Arbeitsplätze für →

Auch Geringverdiener sind selten arm

So viel Prozent der Beschäftigten mit einem Bruttostundenlohn von ... im Jahr 2011 galten als relativ einkommensarm, hatten also ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens



Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iwd 6

Inhalt

EEG-Umlage. Die Mehrkosten durch die Ausnahmen für energieintensive Unternehmen sind ausgesprochen moderat. Seite 3

Frauen in Führungspositionen. Auch wenn es noch viel zu verbessern gibt, ist Deutschland bereits heute eines der frauenfreundlichsten Länder. Seite 4-5

Ratingagenturen. Die Europäische Union will die Agenturen künftig strenger kontrollieren und zu mehr Offenheit verpflichten. Seite 6

BDI-Mittelstandspanel. Trotz der Eintrübung der Wirtschaftslage macht der industrielle Mittelstand noch recht gute Geschäfte. Seite 7

Zusatzqualifikationen. Mit dem Angebot von Aufbaumaßnahmen können die Unternehmen im Wettbewerb um Auszubildende punkten. Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ die Unternehmen auch zum höheren Lohn noch rechnen. Ob dies jedoch bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro der Fall wäre, ist fraglich. Denn das wären immerhin 53 Prozent des durchschnittlichen Bruttostundenlohns eines Vollzeitbeschäftigten. Das ist ein hoher Wert, vor allem verglichen mit jenen Ländern, die von den Befürwortern des Mindestlohns oft als Beleg für dessen Arbeitsmarktverträglichkeit genannt werden.

In Frankreich zum Beispiel beträgt der Mindestlohnsatz 48 Prozent des Durchschnittslohns; zudem federt die Regierung die negativen Wirkungen auf den Arbeitsmarkt durch großzügige Lohnsubventionen an die Betriebe ab (vgl. iwd 50/2012).

In Großbritannien liegt der 1999 eingeführte gesetzliche Mindestlohn nur bei 38 Prozent des durchschnittlichen Entgelts – und hat deshalb auch kaum zu Jobverlusten geführt.

2. Der Mindestlohn kann Armut nicht effizient bekämpfen. Als Argument für einen gesetzlichen Mindestlohn ist immer wieder zu hören, dass er helfe, „Armut trotz Arbeit“ zu verhindern. Tatsächlich aber lebt zum Beispiel fast die Hälfte all derjenigen Arbeitnehmer, die weniger als 8,50 Euro je Stunde verdienen, mit einem Partner zusammen, der ein höheres Einkommen bezieht. Die sogenannte Einkommensarmut ist deshalb viel weniger verbreitet, als man vermuten mag (Grafik Seite 1 und Kasten):

Im Jahr 2011 waren nur 18 Prozent aller Beschäftigten mit einem Stundenlohn von maximal 8,50 Euro einkommensarm, verdienten also weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens.

Von den Vollzeitbeschäftigten mit einem Stundenlohn von höchstens 8,50 Euro fielen sogar nur 14 Prozent unter diese Armutsschwelle.

Einkommensarmut

Als einkommensarm gilt, wer ein sogenanntes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens hat – dieses Median-Einkommen wird genau von der Hälfte der Bevölkerung unter- und von der anderen Hälfte überschritten. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen berücksichtigt, dass Personen, die in einem Haushalt zusammenleben, bestimmte Güter wie Küchengeräte oder Waschmaschine gemeinsam nutzen und daher einen geringeren Pro-Kopf-Bedarf haben als ein Einpersonenhaushalt.

Dies bedeutet umgekehrt, dass ein Mindestlohn von 8,50 Euro sehr häufig Personen begünstigen würde, die auf eine solche Unterstützung gar nicht angewiesen sind. Wenn sich diese Arbeitsplätze allerdings nicht mehr rentieren und die Beschäftigten deshalb entlassen würden, wären die Folgen gravierend. Denn von den Arbeitslosen sind fast viermal so viele einkommensarm wie von den Geringverdienern.

Besonders problematisch wäre ein Mindestlohn wohl für Jugendliche. Sie starten nun einmal mit wenig berufsbezogenen Kenntnissen und entsprechend geringem Lohn ins Arbeitsleben, steigern aber mit zunehmender Erfahrung auch ihr Einkommen. Verhindert ein zu hoher Mindestlohn jedoch den Berufseinstieg, ist dem Nachwuchs der Weg nach oben von vornherein verbaut.

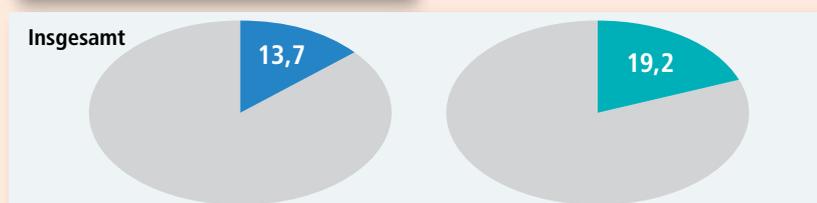
Mindestlohn und Arbeitsmarkt

So viel Prozent der abhängig Beschäftigten hatten 2011 einen Bruttostundenlohn von maximal

■ 7,49 Euro ■ 8,49 Euro, würden also unter eine Mindestlohn-Regelung fallen

Männer	10,2	14,5
Frauen	17,3	24,1
Vollzeitbeschäftigt	8,1	12,6
Teilzeitbeschäftigt	18,0	25,3
Geringfügig beschäftigt	53,6	63,1
Westdeutschland	11,4	16,4
Ostdeutschland	24,4	32,1

unter 25 Jahre	36,4	49,6
25 bis 39 Jahre	13,3	18,5
40 bis 49 Jahre	10,9	14,5
50 bis 64 Jahre	11,7	17,6
über 65 Jahre	32,5	44,3



aus IW-Trends
1/2013

Moritz Heumer, Hagen Lesch,
Christoph Schröder: Mindestlohn,
Einkommensverteilung und Armutsrisiko

www.iwkoeln.de/trends

Sonderregelung geht kaum ins Geld

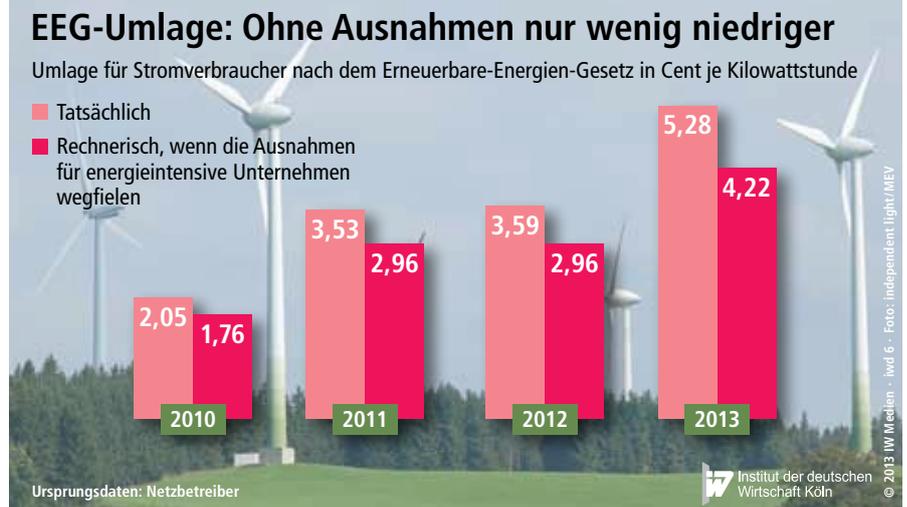
EEG-Umlage. Unternehmen, die mit einem hohen Stromaufwand produzieren, zahlen eine geringere Umlage für die Energiewende als die übrigen Stromverbraucher. Damit soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Firmen gesichert werden. Die Mehrkosten für die Begünstigung sind dabei ausgesprochen moderat.

Darüber, wie Deutschland sicher, umweltfreundlich und günstig mit Strom versorgt werden kann, wird nach wie vor heftig diskutiert. Vor allem die Kosten der Energiewende stehen in der Kritik. Die Strompreise könnten viel niedriger sein, heißt es, wenn der Staat energieintensiv produzierende Unternehmen wie jene in der Chemischen Industrie und der Metallverarbeitung nicht begünstigen würde.

Um dies beurteilen zu können, muss man zunächst wissen, wie die Finanzierung der Energiewende funktioniert. Deren Kernstück ist die nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erhobene Umlage. Sie überwälzt die Mehrkosten, die durch die Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien wie Sonnen- und Windkraft entstehen, auf die Konsumenten.

Nach mehreren Erhöhungen beträgt die EEG-Umlage seit Beginn dieses Jahres exakt 5,277 Cent für jede Kilowattstunde (kWh), die die Stromkunden verbrauchen.

Für Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und des Bergbaus sowie für den Schienenverkehr gibt es eine Sonderregelung. Damit ein Unternehmen diese nutzen kann, müssen die Stromkosten mindestens



14 Prozent der Bruttowertschöpfung ausmachen. Dann wird die EEG-Umlage auf den verbrauchten, nicht selbst erzeugten Strom wie folgt gestaffelt:

- Auf den Verbrauch bis maximal 1 Gigawattstunde (GWh) – dies entspricht 1 Million kWh – müssen die Unternehmen die volle EEG-Umlage zahlen.
- Der über 1 GWh hinausgehende Stromkonsum bis zu 10 GWh wird mit 10 Prozent der EEG-Umlage belastet.
- Für den Verbrauch von 10 bis 100 GWh wird 1 Prozent der Umlage fällig, für jede GWh mehr sind konstant 0,05 Cent je kWh zu zahlen.

Firmen, die mindestens 100 GWh Strom verbrauchen und deren Stromkosten mindestens 20 Prozent der Wertschöpfung betragen, zahlen auf den gesamten Verbrauch eine Umlage von 0,05 Cent je kWh.

Der Grund für die Begünstigung: Vor allem die deutschen Industrieunternehmen stehen im internationalen Wettbewerb. Müssten sie die volle EEG-Umlage tragen, entstünden gegenüber den ausländischen

Konkurrenten ein deutlicher Kostennachteil, der letztlich auch Arbeitsplätze gefährden würde.

Der Preis, den die übrigen Verbraucher für die geringere EEG-Umlage der energieintensiven Unternehmen zahlen müssen, ist niedriger, als mancher Kritiker vermuten mag (Grafik):

Die Abschaffung der Ausnahmen würde die EEG-Umlage für die anderen Stromverbraucher gerade einmal um rund 1 Cent je Kilowattstunde verringern.

Problematischer als der Kostenfaktor ist die Gestaltung der Ausnahmeregelungen. Derzeit hat ein Unternehmen, dessen Stromkosten bei 13,9 Prozent der Wertschöpfung liegen, die volle EEG-Umlage zu tragen; bei 14,1 Prozent wird ein Betrieb dagegen deutlich entlastet. Dies lässt sich kaum sachlich begründen. Daher sollte der Staat die EEG-Umlage für die Unternehmen mit steigenden Stromkosten schrittweise absenken – gegebenenfalls bereits ab einem niedrigeren Stromkostenanteil an der Wertschöpfung als bisher.

Zwischen Verdruss und Fortschritt

Frauen in Führungspositionen. Wie gut die beruflichen Erfolgchancen von Frauen sind, ist auch eine Frage des Blickwinkels: Aus nationaler Sicht muss hierzulande noch einiges getan werden, um Frauen und Männern gleiche Chancen einzuräumen. Im internationalen Vergleich dagegen ist Deutschland bereits heute eines der frauenfreundlichsten Länder.

Eine eingeschränkte Berufswahl, traditionelle Rollenmuster, mangelnde Kinderbetreuungsmöglichkeiten und so manche andere Hürde machen es den Frauen in Deutschland immer noch schwer, sich ebenso selbstverständlich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten wie Männer. Zwar stellen Frauen mittlerweile mehr als die Hälfte der Hochschulabsolventen, doch im Verlauf des Erwerbslebens werden sie oft genug von Männern überholt (Grafik):

In Deutschland waren im Jahr 2010 nur 30 Prozent der Führungspositionen von Frauen besetzt – im EU-Durchschnitt waren es 34 Prozent.

Genauso viele Chefinnen wie Chefs gibt es in der Bundesrepublik

lediglich unter den ganz jungen Leuten, nämlich in der Altersgruppe der bis zu 24-Jährigen. Die jungen Frauen haben damit erstmals in der Geschichte die Hälfte der Führungspositionen innerhalb ihrer Altersgruppe inne – ein Ergebnis, das so manchen überraschen dürfte.

Relativ gute Aufstiegschancen haben Frauen auch in kleineren Firmen: Dort sind auf der zweiten Führungsebene bereits vier von zehn Positionen mit Frauen besetzt.

Um Frauen die gleichen Karrierechancen zu ermöglichen wie Männern, müssen sich die Rahmenbedingungen allerdings weiter verbessern. Ob dafür eine Frauenquote das Mittel der Wahl ist oder eher die soge-

nannte Flexi-Quote, bei der Unternehmen sich selbst Ziele für den Frauenanteil in Führungspositionen setzen, wird sich zeigen.

Fest steht: Isolierte betriebliche Maßnahmen des Diversity Managements – zum Beispiel betriebsinterne Ziele zur Frauenförderung – reichen allein nicht aus. Nötig ist vielmehr, dass sie auch in eine passende Unternehmenskultur eingebettet sind. Dazu gehört etwa, dass wichtige Besprechungen vor 17 Uhr stattfinden und Teilzeit auch in Führungspositionen möglich ist. Das bringt im Übrigen auch den Unternehmen etwas: Sie polieren ihr Image als Arbeitgeber auf, senken die Fluktuation und erhöhen ihre Produktivität (vgl. iwd 45/2012).

Bei allem Verdruss darüber, dass Frauen ihr Potenzial in Vorstandsgremien, Geschäftsführungen und Aufsichtsräten immer noch nicht voll zur Geltung bringen können – im internationalen Vergleich steht Deutschland bei der Frauenfreundlichkeit gut da (Grafik Seite 5):

Die Bundesrepublik erreicht den achten Rang von 128 Ländern in puncto Zugangs- und Entwicklungsmöglichkeiten für Frauen auf dem Arbeitsmarkt – so das Ergebnis einer Untersuchung der Unternehmensberatung Booz & Company.

Diesen Platz verdankt Deutschland in erster Linie der vergleichsweise hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen: Zwei Drittel sind inzwischen erwerbstätig; zählt man noch die Frauen hinzu, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, kommt man auf 71 Prozent. Punkten kann Deutschland darüber hinaus mit fa-

Die Chefinnenquote

So viel Prozent der Führungspositionen waren 2010 mit Frauen besetzt



Führungspositionen: z.B. Geschäftsführung in einem kleinen Unternehmen, Geschäftsführung oder Bereichsleitung in einem großen Unternehmen sowie leitende Positionen im Verwaltungsdienst
Quelle: Statistisches Bundesamt

milienfreundlichen Maßnahmen in den Unternehmen, einer steigenden Zahl von Kita-Plätzen, großzügigen Mutterschutz- und Elternzeitregelungen, Initiativen wie dem Girls' Day und der breiten Unterstützung von Frauen, die sich selbstständig machen wollen:

Bei der Förderung von Gründerinnen belegt Deutschland im weltweiten Vergleich den dritten Platz.

Das liegt vor allem an den staatlichen Programmen für gründungswillige Frauen sowie den guten Zugangsmöglichkeiten zu Existenzgründungskrediten. Auch die bundesweite Gründerinnenagentur, die 2004 aus der Taufe gehoben wurde und von drei Bundesministerien getragen wird, findet lobende Erwähnung bei Booz & Company.

Sehr gut schneidet Deutschland auch bezüglich der gleichen Bezahlung von Frauen und Männern ab. Angesichts einer bereinigten Entgeltlücke von knapp 5 Prozent (vgl. iwd 3/2013) mag das zunächst verwundern, hat aber einen simplen Grund: Die Unternehmensberatung

Die frauenfreundlichsten Länder

So schneiden die besten von insgesamt 128 untersuchten Staaten beim Ländervergleich „Frauen am Arbeitsmarkt 2012“ ab

	Rangplatz insgesamt	darunter:		
		Arbeitsmarktzugang für Frauen	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	Unterstützung der Selbstständigkeit von Frauen
Australien	1	6	1	6
Norwegen	2	4	1	11
Schweden	3	5	1	2
Finnland	4	1	1	28
Neuseeland	5	13	9	22
Niederlande	6	7	1	14
Kanada	7	26	1	21
Deutschland	8	21	1	3
Belgien	9	3	9	1
Frankreich	10	10	9	10
Dänemark	11	11	9	11
Litauen	12	12	19	12
Vereinigtes Königreich	13	13	9	13
Island	14	14	19	14
Spanien	15	15	1	15

Arbeitsmarktzugang für Frauen: darunter fallen z.B. die Kinderbetreuungsinfrastruktur, Antidiskriminierungsrichtlinien wie das Gleichstellungsgesetz oder Anspruch auf Mutterschutz und Elternzeit
Weitere Indikatoren: Bildungsstand, Erwerbsbeteiligung und Geschlechterfortschritte in der Ausbildung und im Beruf; Quelle: Unternehmensberatung Booz & Company

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 6

hat für den Verdienstabstand nicht nur die aktuellen Stundenlöhne berücksichtigt, sondern auch strukturell-politische und ökonomische Maßnahmen, die eine geschlechtsspezifische Diskriminierung verhin-

dern sollen – von der Verankerung der Gleichberechtigung im Grundgesetz bis hin zur Auszeichnung von Firmen, die bereits eine vorbildliche, auf Chancengleichheit ausgerichtete Personalpolitik betreiben.

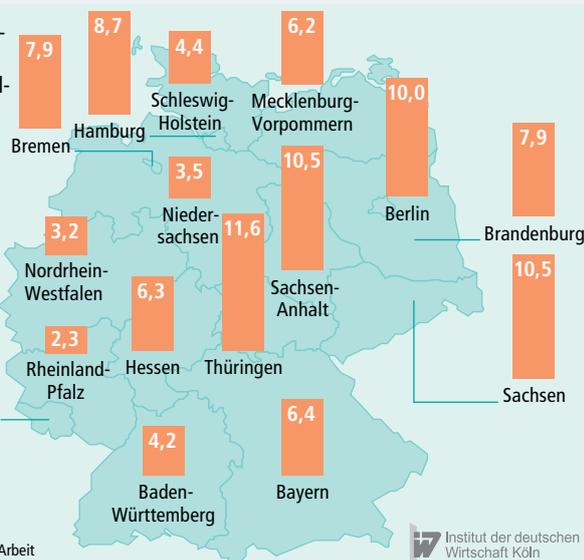
Kindergärtnerinnen: Im Osten häufiger mit akademischem Abschluss

So viel Prozent der Kindergärtnerinnen haben einen Fachhoch- oder Hochschulabschluss



5,7
Deutschland

Nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte; Stand: Juni 2011
Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit



Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 6

Kindergärtnerinnen haben im Allgemeinen gute Berufsaussichten. Den 13.000 arbeitslosen Erzieherinnen und Erziehern stehen knapp 7.000 gemeldete offene Stellen gegenüber, hinzu kommt noch einmal eine vergleichbare Zahl ungemeldeter Stellen. Die tarifliche Grundvergütung für Kindergärtnerinnen – 95 Prozent der Beschäftigten in diesem Beruf sind Frauen – ist mit etwa 1.900 bis 2.500 Euro nicht übermäßig hoch. Im Gegensatz zu den besser bezahlten Lehrern, die in der Regel studiert haben, können aber auch nur 6 Prozent der Kindergärtnerinnen eine Hochschulausbildung vorweisen. Besonders in den westdeutschen Flächenländern gibt es unter den Kindergärtnerinnen kaum Akademikerinnen.

Schwarze Schafe einfangen

Ratingagenturen. Eigentlich sollen Moody's, Fitch und Co. lediglich darüber informieren, wie kreditwürdig ein Schuldner ist. Tatsächlich haben die Ratingagenturen aber einen weitaus größeren Einfluss, wie die Finanz- und Staatsschuldenkrisen der vergangenen Jahre gezeigt haben. Der Macht der Agenturen schiebt die Europäische Union jetzt einen Riegel vor.

Die drei großen US-Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch Ratings haben zusammen einen Marktanteil von über 90 Prozent und damit faktisch eine Monopolstellung. Aufgabe der Agenturen ist es, die Kreditwürdigkeit von Staaten oder Unternehmen zu bewerten – doch wie sie das machen, bleibt allein ihnen überlassen und ist deshalb weitgehend ein Geheimnis.

Für viele gelten Moody's und Co. deshalb als die schwarzen Schafe des Finanzsektors. Kritiker werfen ih-

nen zum Beispiel vor, gefährlichen Ramschpapieren jahrelang Bestnoten erteilt zu haben und damit Mitverursacher der Finanzkrise von 2007/2008 gewesen zu sein. In der anschließenden Wirtschafts- und Schuldenkrise wiederum seien die Ratingagenturen ins andere Extrem umgeschlagen und hätten die Kreditwürdigkeit der schwächelnden Eurostaaten viel zu früh und zu schnell herabgestuft und damit deren Probleme noch verschärft. Das gilt insbesondere für Griechenland (Grafik):

Die schnellen Herabstufungen der griechischen Kreditwürdigkeit haben zu panischen Reaktionen der Märkte geführt und die Zinsen für zehnjährige Staatsanleihen binnen drei Jahren fast versiebenfacht.

Doch damit soll jetzt Schluss sein, zumindest in Europa. Denn die EU will die Ratingagenturen strenger kontrollieren. So sollen sie ab dem

Frühjahr 2013 die von ihnen verwendeten Bewertungsmodelle offenlegen, damit Anleger die Benotungen nachvollziehen können.

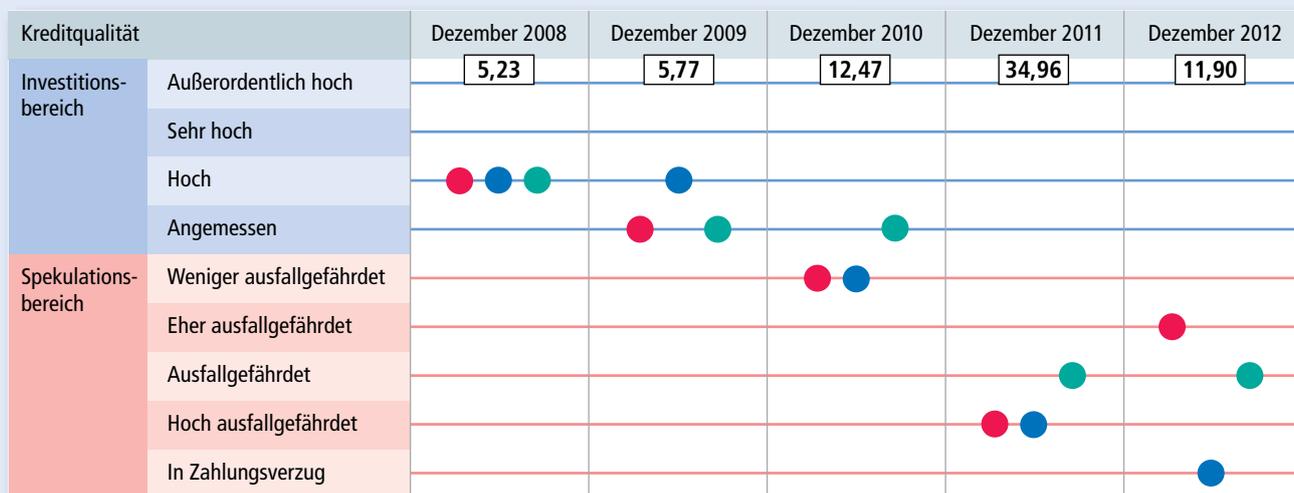
Zudem dürfen die Agenturen ihre Ratings für europäische Staatsanleihen in Zukunft nur noch an drei festgelegten Terminen pro Jahr und außerhalb der Börsenzeiten in Europa veröffentlichen. Dies soll die zuweilen überaus nervösen Reaktionen der Märkte verhindern und sie gewissermaßen zwingen, sich auch selbst eine Meinung über die Kreditwürdigkeit eines Landes zu bilden, anstatt blind den Bewertungen der Agenturen zu vertrauen.

Die vielleicht wichtigste Neuerung aber ist, dass Ratingagenturen bei einer Fehlbewertung künftig verklagt und damit haftbar gemacht werden können. Grotesk falsche Bewertungen wie im Vorfeld der internationalen Finanzkrise kämen die Agenturen dann teuer zu stehen.

Zinsen folgen den Ratings

Die Bewertung zehnjähriger griechischer Staatsanleihen durch die drei größten Ratingagenturen

■ Standard & Poor's ■ Moody's ■ Fitch Ratings
□ Rendite zehnjähriger Staatsanleihen in Prozent



Die Karten werden neu gemischt

BDI-Mittelstandspanel. Der industrielle Mittelstand spürt die jüngste Eintrübung der Wirtschaftslage, macht aktuell aber noch ganz ordentliche Geschäfte – vor allem jenseits der EU, weil sich China und die USA besser entwickeln als der alte Kontinent. Zu diesem Ergebnis kommt eine Befragung von knapp 1.000 Unternehmen durch den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Was die ökonomischen Aussichten für das Jahr 2013 angeht, gaben sich die Unternehmen bei der Befragung im Herbst 2012 eher pessimistisch. Erstmals seit dem Frühjahr 2010 zeigten mehr Firmen mit dem Daumen nach unten (29 Prozent) als nach oben (25 Prozent). Der Rest bezeichnete den Ausblick als befriedigend.

Die Einschätzungen für den Winter 2012/13 fielen dagegen wesentlich besser aus. Lediglich 15 Prozent der Mittelständler beurteilten die Geschäfte zum Jahreswechsel als schlecht, 40 Prozent dagegen als gut.

Der Blick zurück in die Befragungswellen des Panels zeigt allerdings, dass die Unternehmen generell eher zum Pessimismus neigen als zum Optimismus. Es wird aber auch hier nichts so heiß gegessen wie gekocht – meist liefen die Geschäfte besser als ursprünglich erwartet. Ohnehin wird die eigene Lage in der Regel besser beurteilt als die Situation der Volkswirtschaft.

So könnte es auch diesmal kommen. Weil der industrielle Mittelstand zunehmend jenseits der EU-Außengrenze aktiv ist, sind die mauren Aussichten innerhalb der Union

Der Mittelstand setzt auf Brasilien und China

So viel Prozent der befragten deutschen Unternehmen sind derzeit in diesen Regionen aktiv	... schätzen den Markt dort in den nächsten zwei Jahren so ein	
		wichtiger als bisher	weniger wichtig als bisher
EU-27 (ohne Deutschland)	95,9	40,0	7,9
NAFTA (USA, Kanada, Mexiko)	40,5	49,4	7,3
China	35,0	78,4	0,9
Russland	25,1	72,7	1,3
Indien	23,8	51,1	1,0
Japan	18,4	39,6	4,5
Brasilien	17,6	80,0	0,5

Aktiv: Exporte, Produktionsstätten und Auftragsvergabe; Befragung von 938 mittelständischen Unternehmen im September/Oktober 2012; Quelle: BDI-Mittelstandspanel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 6

für die Firmen kein K.-o.-Kriterium mehr (Grafik und Kasten).

Insgesamt waren im Jahr 2012 rund sechs von zehn Mittelständlern im Ausland aktiv, die meisten im Exportgeschäft (86 Prozent), gefolgt von grenzüberschreitenden Kooperationen (34 Prozent) und der Lohnfertigung (24 Prozent).

Eigene Produktionsstätten im Ausland hatten nur gut 14 Prozent der international tätigen Unternehmen, das sind gerade mal 8 Prozent aller Unternehmen.

Die Exporte spielen damit eine etwas größere Rolle als 2010, während die Auslandsfertigung sogar leicht eingeschränkt wurde.

Internationalisierung

Noch vor wenigen Jahren grassierte die Befürchtung, die Globalisierung der Weltwirtschaft würde dem deutschen Mittelstand die Luft zum Atmen nehmen und schließlich zur Verlagerung ganzer Branchen und zahlloser Arbeitsplätze nach China und in andere Billiglohnländer führen.

Aktuell hört man von Firmenverlagerungen fast gar nichts mehr.

Stattdessen gilt die deutsche Industrie mit ihren vielen Mittelständlern als Stabilitätsanker, der Deutschland zügig aus der Krise von 2009 herauskommen ließ – und damit als Vorbild für Europa. Der Anteil der Eurozone an den deutschen Ausfuhren ist in den vergangenen zwölf Jahren von 45 Prozent auf 37 Prozent gesunken, während schon nahezu 40 Prozent des Exports auf außereuropäische Länder entfallen.

Dabei ergänzen sich Exporte und Auslandswerke: Nur wer vor Ort fertigt, kann Riesenzentren und die Wünsche der Kunden bedienen.

Ausbildung XL

Zusatzqualifikationen. Für viele Unternehmen ist es mittlerweile schwierig, überhaupt noch Auszubildende zu finden. So gab es Ende September 2012 33.200 freie Ausbildungsstellen, aber nur 15.700 unversorgte Bewerber. Eine Möglichkeit für Firmen, im Wettbewerb um junge Leute zu punkten, ist das Angebot von Zusatzqualifikationen.

Während einer kaufmännischen Ausbildung auch Technikwissen zu erwerben oder eine technische Ausbildung mit einem Fremdsprachenkurs zu kombinieren – das sind nur zwei Beispiele für mögliche Zusatzqualifikationen. Diese Maßnahmen werden während der dualen Ausbildung durchgeführt, gehen jedoch über deren originären Inhalt hinaus.

Bei den jungen Leuten kommt die „Ausbildung XL“ sehr gut an:

Im Jahr 2011 nahmen in Deutschland 83.300 Auszubildende an einer Zusatzqualifikation teil – das waren 28 Prozent mehr als noch 2004.

Adressaufkleber

Was Azubis noch draufpacken können

Angebote Zusatzqualifikationen von Ausbildungsbetrieben, Berufsschulen, Kammern und sonstigen Bildungsanbietern

	Modelle	Zahl der Teilnehmer
Internationale Qualifikationen	700	33.746
Technik/Informationstechnologie/Bauwesen	692	13.014
Kaufmännische Qualifikationen	259	15.090
Fachhochschulreife	185	8.477
Fachübergreifende Qualifikationen	151	7.415
Körperpflege/Gesundheit/Tourismus/Gastronomie	147	2.209
Sonstige	93	3.365
Insgesamt	2.227	83.316

Stand: April 2011
 Ursprungsdaten: Internetportal AusbildungPlus

 Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwvd 6

Die zusätzlichen Angebote lohnen sich sowohl für den Nachwuchs als auch für die Unternehmen. Durch die Zusatzqualifikationen können Azubis die Ausbildungsinhalte nach ihren eigenen Interessen erweitern. Besonders beliebt sind Qualifikationen mit internationaler oder technischer Ausrichtung: Zuletzt entschied sich mehr als die Hälfte der teilnehmenden Azubis für eine Zusatzqualifikation in diesen beiden Bereichen (Grafik). Da die Qualifikationen zertifiziert werden können, profitieren die jungen Leute auch nach ihrer Ausbildung davon – sie können am Arbeitsmarkt mit ihren zusätzlichen Fähigkeiten punkten.

Insgesamt boten 2011 knapp 16.200 Betriebe rund 2.200 verschie-

dene Modelle an. Die Unternehmen nutzen diese Maßnahmen vor allem, um leistungsstärkere Jugendliche für eine Ausbildung zu gewinnen. Gut 24 Prozent der ausbildenden Betriebe hatten solche Aufbauangebote für Jugendliche mit Fachhochschul- oder allgemeiner Hochschulreife im Repertoire, 16 Prozent boten eine „Ausbildung XL“ für Jugendliche mit Hauptschulabschluss an.

Mithilfe von Zusatzqualifikationen lassen sich aber auch die steigenden Anforderungen der Unternehmen an die Stammbeslegschaft erfüllen. Den Betrieben eröffnet sich so die Möglichkeit, ihre Aus- und Weiterbildung stärker zu verzahnen und Fachkräfteengpässen noch früher entgegenzuwirken.

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer
 (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
 Irina Berenfeld, Vanessa Dahm,
 Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08
 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer

Abo-Service: 0221 4981-443,
 hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
 Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich
 (außer Juli und Dezember)
 „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
 nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
 www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
 SCHAFFT KOMPETENZ.